EUropainfo

1/17

Österreichische Post AG
MZ 09Z038176 M
EU-Umweltbüro
Strozzigasse 10/7-8, 1080 Wien

Das Magazin des EU-Umweltbüros

SDGs & Umwelt

EDITORIAL / INHALT

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Leserinnen und Leser!

Nach wie vor sind steigende Ungleichheit, Armut und die zunehmende Ausbeutung und Zerstörung des Planeten enorme Herausforderungen, denen es sich zu stellen gilt. Der derzeitige Kurs, auf dem wir uns als Weltgesellschaft befinden, ist nicht zukunftsfähig. Um diesen Kurs zu korrigieren, sind entscheidende Weichenstellungen im Sinne einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit notwendig.

Mit der „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung“ haben sich im September 2015 alle 193 UNO-Mitgliedsstaaten verpflichtet, die darin enthaltenen 17 nachhaltigen Entwickungsziele (Sustainable Development Goals/SDGs), die die bis dahin vor allem auf den globalen Süden gerichteten Millennium Development Goals nachfolgten, bis zum Jahr 2030 umzusetzen. Die Ziele der Agenda 2030 reichen weit über entwicklungspolitische Themen hinaus und verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, der Globalisierung im Sinne aller Menschen gestalten, einen gemeinsamen globalen Gesellschaftsvertrag verwirklichen und das Aufwachsen zukünftiger Generationen in einem intakten Ökosystem garantieren soll.

Jetzt liegt es an uns allen, Verantwortung zu übernehmen und die Ziele mit einer ganzheitlichen, integrierten und universellen Herangehensweise umzusetzen!

Neben einer Einführung des Bundeskanzleramtes dazu, was in Österreich zur Implementierung der SDGs getan wird, und einer Analyse der AG Globale Verantwortung über die österreichische Herangehensweise, betrachten wir die Umsetzung auch aus europäischer Ebene, um schließlich einzelne Ziele herauszugreifen, die ganz besonders mit der Umwelt und dem Naturschutz sowie der Ressourcenschonung im Zusammenhang stehen.

Viel Spaß beim Lesen!

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Zlanabitnig
Leiter EU-Umweltbüro

EU News – der wöchentliche elektronische Newsletter des EU-Umweltbüros

Registrieren Sie sich kostenlos unter:
www.eu-umweltbuero.at

SDGs UMSETZUNG IN ÖSTEREICH

Heptadekagon – Umsetzung der Agenda 2030 auf Bundesebene
Stephanie Smutny S. 3

SDG-Umsetzung in Österreich – Eine Vision für 2030?
Jakob Mussil S. 5

SDGs UMSETZUNG IN DER EU

„Teaching Silos to Dance“: der Wiener Walzer
Inge Niestroy S. 7

„Teaching Silos to Dance“: A Condition to Implement the SDGs
Inge Niestroy und **Louis Meuleman** S. 8

SDG NR.6 – SAUBERES WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG

Alles roger im Wasserschloss Europas? Österreich und SDG Nr. 6
Stefanie Schabhüttl S. 11

SDG NR.11 – NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

How much does sharing and rides really reduce car use?
Greg Archer S. 12

SDG NR.12 – NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion: Klare Spielregeln für Unternehmen und mehr Ehrlichkeit beim Ressourcenverbrauch gefragt
Patrizia Heidegger S. 14

Nachhaltig einkaufen, aber wie? Bio- und Fair-Label auf dem Prüfstand
Sandra Dusch Silva S. 16

Eine große Vision – im Kleinen gelebt
Fairtrade Österreich S. 18

Das EUropainfo ist auch als pdf-Version erhältlich!

Sollten Sie in Hinkunft keine Postzustellung mehr wünschen, dann informieren Sie uns bitte darüber per E-Mail: office@eu-umweltbuero.at

Vielen Dank! Ihr EU-Umweltbüro Team.

Foto: © Helga Gross / PIXELIO

Heptadekagon – Umsetzung der Agenda 2030 auf Bundesebene

Dass das regelmäßige Siebzehneck (Heptadekagon) mit Zirkel und Lineal konstruierbar ist, hat Carl Friedrich Gauß bereits im Jahre 1796 nachgewiesen. Die Umsetzung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) ist ähnlich komplex, aber erst seit 2015 eine Herausforderung für alle UN Mitgliedstaaten.

Von ***Stephanie Smutny***

Österreich hat sich im Rahmen der UN Generalversammlung dazu verpflichtet, auf die Umsetzung der Agenda 2030 auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene bis zum Jahr 2030 hinzuarbeiten. Am 12. Jänner 2016 wurde der erste offizielle Schritt gesetzt – mit Ministerratsbeschluss wurden alle Bundesministerien mit der kohärenten Umsetzung der Agenda 2030 beauftragt. Die Bundesregierung hat – so wie die Europäische Kommission – den „Mainstreaming"-Ansatz gewählt, der das effiziente, zielorientierte und eigenverantwortliche Integrieren der SDGs in das „Tagesgeschäft" der österreichischen Verwaltung und Politik ermöglicht. Die SDGs sind durch die Bundesministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich in alle relevanten Strategien zu integrieren bzw. sind gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne und Maßnahmen auszuarbeiten. Die Einbindung aller relevanten Stakeholder erfolgt ebenfalls durch die einzelnen Ministerien, hauptsächlich in bereits etablierten Strukturen.

Am 12. Jänner 2016 wurde der erste offizielle Schritt gesetzt – mit Ministerratsbeschluss wurden alle Bundesministerien mit der kohärenten Umsetzung der Agenda 2030 beauftragt.

Wie sieht das konkret aus? Beispielsweise fällt das SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden" in weiten Teilen mit den Arbeitsbereichen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) zusammen. Die ÖROK ist eine Einrichtung zur Koordination von Fragen der Raum- und Regionalentwicklung in Österreich, die von Bund, Ländern, Gemeinden sowie den Sozial- und Wirtschaftspartnern getragen wird. Das ÖROK Leitungsgremium hat daher den Beschluss gefasst, das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) für die Umsetzung des SDG 11 zu nutzen und im

Rahmen der ÖREK-Partnerschaften (thematisch fokussierte Projektarbeitsgruppen) alle Stakeholder einzubinden.

Die mit dem Ministerratsbeschluss etablierte SDG-Arbeitsgruppe auf Bundesebene (gemeinsame Leitung durch das Bundeskanzleramt und das Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres, alle Bundesministerien sind Mitglieder) hat im März 2017 die „Darstellung 2016 – Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich“ veröffentlicht. Die „Darstellung 2016“ soll den Diskurs mit der interessierten Öffentlichkeit fördern und zugleich als Vorarbeit für die Berichterstattung beim Hochrangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen dienen. Nach einem allgemeinen Teil zur Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich liefert die Darstellung eine Übersicht über die nationale Umsetzung auf Bundesebene entlang der SDGs 1 bis 16.

Im dritten Kapitel „Österreichs Verantwortung in der Welt – Internationale Dimension“ wird der österreichische Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 auf globaler Ebene präsentiert.

Die Darstellung 2016 ist eine Online-Publikation, die auf der ressortübergreifenden Informationswebseite www.sdg.gv.at abrufbar ist. Die Webseite enthält allgemeine Informationen zur Agenda 2030 in Österreich und Links zu allen Seiten der Bundesministerien. Seit Kurzem informiert ein Veranstaltungskalender über aktuelle Events mit SDG-Bezug.

Der nächste Schritt bei der SDG-Umsetzung in Österreich ist die Festlegung von Indikatoren, die zur Messung des Fortschritts herangezogen werden.

Der nächste Schritt bei der SDG-Umsetzung in Österreich ist die Festlegung von Indikatoren, die zur Messung des Fortschritts herangezogen werden.

Für Österreich relevant ist vor allem das Indikatorenset von Eurostat, das zurzeit ausgearbeitet wird. Aktuell beinhaltet es für das Monitoring der 17 SDGs ca. 100 Indikatoren des Europäischen Statistischen Systems. Statistik Austria erstellt in enger Abstimmung mit der europäischen Ebene ein erstes nationales Indikatorenset, das demnächst auf der Webseite von Statistik Austria unter dem Themenschwerpunkt „Agenda 2030 – Sustainable Development Goals“ abrufbar sein wird.

Das erste Umsetzungsjahr in Österreich hat gezeigt, dass die SDGs in den nationalen Politikprozess Eingang finden und zu den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung – wirtschaftlich, sozial und ökologisch – in ausgewogener Weise beigetragen werden kann. Weitere 14 Jahre liegen vor uns, in denen sich Österreich den Herausforderungen des Ziele-Heptadekagons der Agenda 2030 stellen wird.

Mag.ª Stephanie Smutny
Abteilung Wirtschaft, Umwelt, Energie
Bundeskanzleramt
1010 Wien / AUSTRIA

E: iv1@bka.gv.at
www.sdg.gv.at

Foto: © H.D. Volz / PIXELIO

Foto: © froschi556 / PIXELIO

SDG-Umsetzung in Österreich – Eine Vision für 2030?

Der Beschluss der 2030 Agenda und der darin enthaltenen Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) im September 2015 ist ein Meilenstein der internationalen Politik. Es wurde damit eine gemeinsame Vision aller 193 UN-Mitgliedstaaten geschaffen, in der soziale, ökonomische und ökologische Herausforderungen gleichzeitig adressiert werden, um ein menschenwürdiges Leben für alle, einschließlich zukünftiger Generationen, zu ermöglichen. Demnach braucht die „Transformation unserer Welt" – so der Titel des beschlossenen Dokuments – entschiedenes, gleichzeitiges und vernetztes Handeln sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene.

Von ***Jakob Mussil***

„Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand" heißt es gleich zu Beginn des Texte. Sie soll zudem den universellen Frieden fördern, Ungleichheiten reduzieren und die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit bringen. Die neue Agenda umfasst also eine Vielzahl von Themenbereichen, wobei die meisten davon für sich gesehen nichts Neues sind. Mit den SDGs wurden sie aber nun in einen gemeinsamen, umfassenden und ambitionierten Rahmen gegeben, um die Zusammenhänge offenzulegen und die Notwendigkeit, neue Wege zu beschreiten, zu verdeutlichen. Es lässt sich z.B. der weltweite Hunger nicht bekämpfen, wenn man den Klimawandel nicht in den Griff bekommt, ebenso muss Armutsbekämpfung nachhaltig, und nicht auf Kosten der Umwelt, vorangetrieben werden. Produktions- und Konsummuster in Europa haben oft globale und langfristige Auswirkungen. Jedes der 17 Ziele steht in einer unmittelbaren Wechselwirkung zu anderen Zielen. Um die SDGs bis 2030 umzusetzen, sollte man daher Handlungsfelder nicht mehr abgegrenzt voneinander sehen, sondern auch die Auswirkungen auf weitere Politikbereiche, auf andere Staaten sowie auf zukünftige Generationen berücksichtigen. Dies zu bewerkstelligen ist eine enorme Herausforderung für die Politik, die meist von Einzelthemen sowie nationalen und kurzfristigen Interessen geprägt ist. Dennoch gibt die 2030 Agenda Grund zu Hoffnung, immerhin haben 193 Staaten (zumindest auf dem Papier) erkannt, dass kühne und transformative Schritte dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit zu bringen. Man sollte daher davon ausgehen können, dass sie ihren Ankündigungen Taten folgen las-

„Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand"

sen, ihre Vision für 2030 verwirklichen wollen und entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung treffen.

In Österreich wird die Umsetzung der SDGs mittels sogenanntem „Mainstreaming" betrieben. In einem Ministerratsvortrag im Jänner 2016 beauftragte die Bundesregierung „alle Bundesministerien, die Prinzipien der Agenda 2030 und ihre nachhaltigen Entwicklungsziele in die relevanten Strategien und Programme einzuarbeiten und gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne sowie Maßnahmen zu erstellen". Die Politik übergibt damit die volle Verantwortung für die Umsetzung der Ziele an die Verwaltung und möchte sich scheinbar nicht weiter mit der 2030 Agenda befassen. Für mutige, neue Wege und Maßnahmen bräuchte es allerdings politischen Willen und entsprechende Führungsverantwortung. Ohne politische Lenkung besteht zudem die Gefahr, dass Wechselwirkungen und potentielle Zielkonflikte kaum adressiert werden. Sichtbar wird dies beispielsweise in einer im März veröffentlichten „Darstellung" der Beiträge der Bundesministerien .[1] Hier werden einzelne Maßnahmen zu den jeweiligen SDGs beispielhaft dargestellt, die meisten davon gab es allerdings auch schon vor dem Beschluss der 2030 Agenda. Eine strukturierte Vorgehensweise, welche alle Ziele und Unterziele adressiert, gibt es scheinbar nicht. Zur Gesamtumsetzung heißt es bloß, die SDGs werden in „effizienter, zielorientierter und eigenverantwortlicher Weise in sämtliche Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung integriert". Wie eine strukturierte und lückenlose Umsetzung gesichert wird, wer genau wofür zuständig ist, wie man mit Wechselwirkungen umgeht und welche neuen Maßnahmen man in Zukunft setzen wird, bleibt offen. Diese Fragen gilt es aber zu beantworten, um zu zeigen, dass Österreich die 2030 Agenda ernst nimmt, und dass sich durch den Beschluss der 2030 Agenda und SDGs etwas geändert hat bzw. ändern wird.

Produktions- und Konsummuster in Europa haben oft globale und langfristige Auswirkungen.

Im Jänner 2017 forderten 144 NGOs in einem gemeinsamen Brief alle Mitglieder der Bundesregierung auf, die in der 2030 Agenda enthaltenen Visionen als übergeordneten Leitfaden für politisches Handeln in allen Bereichen österreichischer Politik umzusetzen. Es wurde ein rascher Start der Umsetzung gefordert und konstruktive Vorschläge für weitere Schritte gebracht.[2] Demnach solle mit einer umfassenden Bestandsaufnahme und Lückenanalyse begonnen werden, um festzustellen, wo Österreich bei den einzelnen Zielen und Unterzielen steht und wo es noch weiteren Verbesserungsbedarf gibt. Diese Analyse sollte Grundlage für eine übergeordnete Strategie sein, die politische Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar regelt. Ebenso wie eine themenübergreifende politische Koordinationsstelle werden Transparenz und Partizipation als Notwendigkeiten erachtet – nicht zuletzt weil diese Punkte ebenfalls in der 2030 Agenda zentrale Elemente darstellen. Bisher wurden die Vorschläge nicht berücksichtigt, es bleibt jedoch die Hoffnung, dass eine neue Regierung das Potential der 2030 Agenda erkennt, eine positive Zukunftsvision forciert und entsprechend langfristige und zukunftsfähige Politik macht.

Mag. Jakob Mussil
AG Globale Verantwortung
1070 Wien / AUSTRIA

E: jakob.mussil@globaleverantwortung.at
www.globaleverantwortung.at

[1] http://archiv.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=65724
[2] www.globaleverantwortung.at/sdgs-umsetzen-brief-von-144-organisationen-an-bundesregierung

Foto: © H.D. Volz / PIXELIO

Foto: © Thomas Max Müller / PIXELIO

„Teaching Silos to Dance“: der Wiener Walzer

Bei der Diskussionsveranstaltung „SDGs umsetzen – Aber wie?“[1] des Ökobüros, der AG Globale Verantwortung und des EU-Umweltbüros am 1. Juni 2017 in Wien war da der Gedankenblitz zur Verbindung von „Teaching silos to dance“ (siehe Artikel S. 8) und dem weltberühmten Tanz der Stadt. Dies schließt wiederum an die These „common but differentiated governance“ an: jedes Land hat einen unterschiedlichen Ausgangspunkt in seiner Governance, seinen institutionellen, administrativen und politischen Rahmenbedingungen, die bei der Ebnung eines nachhaltigen Entwicklungspfads, und somit bei der Umsetzung der UN Nachhaltigkeitsziele berücksichtigt werden muss. Als Hommage an diesen Gedankenblitz im Folgenden einige Gedanken zum Wiener Walzer, als erste Tanzstunde sozusagen. Weitere sollen folgen.

*By **Ingeborg Niestroy***

Der Wiener Walzer gehört sicherlich zu den schwierigsten Gesellschaftstänzen – mit höchsten Anforderungen an Führung und Geführt-werden, körperlicher Ausdauer, und dem Überwinden von Schwindel um nicht umzufallen. Auch kann man nicht „ein bisschen“ Wiener Walzer tanzen, – ganz oder gar nicht, sonst bleibt es ein rechtes „Rumstacksen“. Noch dazu ist aller Anfang schwer. Nicht nur der Anfang als Novize, aber auch der Beginn jedes einzelnen Tanzes: Der Übergang von Ruhe zur höchstharmonischen Bewegung, von Sitzen zu Aufgefordert werden bzw. Auffordern, zu gemeinsamen Schreiten auf die Tanzfläche, zarter Annäherung in kleinen Wiegebewegungen – und dann muss es schon sitzen, das gemeinsame 180 Grad Drehen mit Verschmelzung nahezu, die Transformation von Fliehkräften in Eleganz und Harmonie.

Vielleicht ist es wegen dieser Prägung, einen so anspruchsvollen Tanz als Nationaltanz zu haben, dass in Österreich öfters diese Schwierigkeiten mit dem Tanzbeginn bestehen. Die Protagonisten („potentielle Tänzer“) neigen dazu, auf ihrer Seite sitzen zu bleiben und sich über den Tanzlehrer zu beschweren, oder darüber, nicht aufgefordert zu werden.

Für die momentane Situation erscheint dies aber zu verhaftend in alten Mustern: Der Ministerratsvortrag vom Jänner 2016[2] gibt recht klare Vorgaben an die Bundesregierung, inklusive der Verantwortlichkeiten wer „zum Tanz auffordern und führen sollte“. Daneben wäre es wünschenswert, den Kreis der TänzerInnen auch auf zivilgesellschaftliche Gruppen, Verbände und Unternehmen zu erweitern.

Die SDGs sind „unteilbar“: ihr System umfasst ist einen ganzheitlichen Ansatz, der die Verbindungen zwischen den Zielen hervorhebt und unterstreicht, dass Synergien genutzt und Zielkonflikte angegangen werden müssen. Dies kann nicht unter einem Dach (also z.B. in einem einzigen Ministerium) gelöst werden, sondern durch die bessere Vernetzung und Abstimmung von Fachbereichen. Statt „breaking the silos“ (Silos aufbrechen) geht es darum, sie zum Tanzen zu bringen („dancing silos“).

Nicht zu vergessen sei auch der Tanzpartner EU: Es ist zu hoffen, dass Österreich eine führende Rolle in der momentanen Trio-Präsidentschaft (Estland, Bulgarien, Österreich) für die Ausgestaltung der jüngst vom EU Ministerrat verabschiedeten Schlussfolgerungen einnimmt. Einerseits hat der Rat die Kommission aufgefordert, eine Implementationsstrategie bis Mitte 2018 vorzulegen Andererseits sollte dieser Prozess aber auch vom Rat begleitet werden und dazu eine permanente Arbeitsgruppe eingerichtet werden (ähnlich dem Jumbo-Format der vergangenen Monate). Die Mitgliedstaaten können und sollten sich hier auch über ihre eigenen Bemühungen und Beiträge besser vernetzen und dadurch das Zwei-Ebenen-System für die Umsetzung der Agenda 2030 voranbringen. Im Rahmen der Trio-Präsidentschaft kann auch ausgezeichnet auf die eigene Präsidentschaft hingearbeitet werden. Hier sollte ein Ziel angestrebt werden, das dem kritischen Zeitpunkt entspricht: die österreichische Präsidentschaft folgt der Erarbeitung der Implementationsstrategie durch die Kommission. Hier sollte also der angemessene „Governance-Rahmen“ gefunden sein (z.B. das Europäische Semester) und die wesentlichen Weichen für post-2020 sollten gestellt sein.

Statt „breaking the silos“ (Silos aufbrechen) geht es darum, sie zum Tanzen zu bringen („dancing silos“).

Ingeborg Niestroy
IISD & SDG Watch Europe
Brüssel / BELGIEN

E: inge.niestroy@ps4sd.eu
www.sdgwatcheurope.org

[1] www.globaleverantwortung.at/how-we-can-achieve-the-sdgs-the-way-to-sustainability (see page 7)
[2] http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=64930 (see page 7)

„Teaching Silos to Dance“: A Condition to Implement the SDGs

„Breaking down the silos“ has become again a vivid call, even a mantra, in debates on governance for sustainable development and the 2030 Agenda for Sustainable Development, in recognition of its comprehensive, holistic and systemic approach. A workshop on leadership organised by SITRA (Finland) in June, a blog post by Asa Persson (Stockholm Environment Institute) and sessions at the HLPF in July 2016 are just a few of the recent fora where silo-breaking has been addressed. But what is actually meant by it? What do people imagine when they call for breaking down the silos? Now that the HLPF has ended, it is useful to consider possible answers, to inform ongoing and future work on the ground.

*By **Ingeborg Niestroy** and **Louis Meuleman***

We argue that while the SDGs require breaking down „mental silos“ to allow for change, the common call to break down institutional silos poses risks. Institutions provide the necessary structure, reliability, transparency and communication points. Instead of breaking them down, we need to teach silos to dance.

Political, mental and institutional silos

Conceptually, „breaking down the silos“ reflects the long-standing call for policy integration and policy coherence: the former more coined in the legacy of environmental policy integration, the latter more specifically in the context of development policies, but also used as a wider term. In sustainable development and gender, for example, „mainstreaming“ has become common terminology, underlining the need for broader integration, not only integrating environment into individual sectoral policies. Policy coherence seems to be an end, while integrating and mainstreaming are more the means to it.

We see three types of silos: political, mental, and institutional. In democracies, politicians need to win majorities. This comes with different degrees of competition and power struggles. Individual politicians tend to focus on their file and defend it, in order to raise their own profiles. This can lead to political silos. As political silos are almost inherent to the democratic system, there are limits to tackling them, which also depends on the political culture of the country. Some have constitutional arrangements that reduce or eliminate the

Graphics: © Annika Varjonen / Visual Impact Ltd. 2016

decision-making power of individual Ministers (as in Sweden), or give a relatively strong (but still limited) „steering power" to the Prime Minister (as in Germany). In some countries, governments have experimented with so-called project ministers for cross-cutting issues that involve more than one ministry (e.g. the Netherlands).

They organize their work by dividing complex problems into more simple, partial problems, which are dealt with by separate sectoral or functional bureaucratic entities, which we tend to call „silos."

In addition and often related, there are also mental silos: people have a firm belief that their problem definition and solution are not only the best, but even the only way forward. Different policy sectors like agriculture, transport and environment have their own world view and tend to operate in isolation. There are cultural, political, power-and career-related, cognitive and other reasons why people have „tunnel views" and argue against change. However, for the comprehensive SDGs, for moving towards sustainable development with a need for policy integration and coherence, we need to step out of our comfort zones.

Without silos there is no focus, no structure, no accountability and no transparency. Institutional mergers may create new governance failures and threaten SDG implementation.

We also know that most governmental organizations (and in fact most large organizations) work as classical bureaucracies. They organize their work by dividing complex problems into more simple, partial problems, which are dealt with by separate sectoral or functional bureaucratic entities, which we tend to call „silos." You become a civil servant in one silo, and typically stay within it. Exceptions apply in administrations where civil servants rotate across silos, as this is beneficial for careers (e.g. England; European Commission). Such institutional silos give people the room to work undisturbed, but may effectively prevent them from working with others, both within government and with stakeholders.

Most people probably think about these institutional barriers when they use or hear „breaking down the silos. „But what would this mean? Merging ministries? Putting everybody in one „super ministry"? And within one ministry: an organigram with all names in one box? Introducing flexible or matrix organisations, as experimented widely under the New Public Management banner, which is all about becoming more efficient and saving costs? Effectiveness, reliability and accountability are often lost on the way. Mergers of ministries have so far mainly taken place for short-term efficiency reasons in public-sector reform, and not with the aim of improving policy coherence. Merging ministries makes sense if you have 40 or 50 ministries in place to run the country. But if you are already down to around 20 (China), 15 (Georgia) or even 11 (Finland), further mergers can make governments much less effective.

What is Good about Institutional Silos

Without silos there is no focus, no structure, no accountability and no transparency. Institutional mergers may create new governance failures and threaten SDG implementation. Three benefits of silos are:

1. Silos represent positive features of government organizations such as clear lines of command, responsibility, focus on a given target and having internal „hotspots", where expertise, memory and learning are concentrated. With respect to the SDGs, an accountable „silo" is needed in each country for, inter alia, reporting progress at the national level.

2. Silos have a different function and meaning in different administrative cultures. In Rechtsstaat cultures like Germany, and hierarchical ones in general, opening up silos has turned out to be more difficult than in consensus cultures like the Netherlands and Denmark, or in public interest models of government like in Australia, New Zealand and the UK (Pollit

& Bouckaert 2011: 62-63). Hence, a closer look is required into how they operate, and a general verdict that silos are bad is culturally insensitive.

3. Silos provide clear, reliable and stable contact points within a ministry for partners and stakeholders. Without them, it can be difficult to develop enough trust that is needed to make a network approach work. Partnerships and participation increase the challenge of coordination, and thus require clear anchor points. Hence the common assumption that silos prevent stakeholder participation is questionable.

We should also keep our silos because there is no perfect alternative, and there may never be one. As Ulrich Beck developed in his „second modernity“: our time is so complex that we need to move from thinking in „best“ tools, i.e. „either A or B,“ to the approach of „A and B” (Beck, 1992). Such redundancies are also good for institutional resilience: if one tool doesn't work, it is easier to switch to another.

The Alternative: Teaching Silos to Dance

Instead of breaking down institutional silos, we should strive to make them more flexible, permeable, interactive and transparent, while keeping their typical strengths and their specific functions in different administrative cultures. It remains a key approach for better policy integration to reinvigorate and improve horizontal coordination. Examples of such horizontal coordination arrangements are widespread, e.g. „inter-service steering groups“ (European Commission), state secretaries‘ commissions or similar bodies for national sustainable development strategies (Germany, Finland), interdepartmental „dossier teams“ (Netherlands), or cross-sectoral project teams. The SDGs reinvigorate the need to better bridge domestic and external policies, – a coordination task that has so far hardly been tackled.

The SDGs as a system of goals provide a great opportunity to think along interlinkages, to identify trade-offs, but also synergies and knock-on effects.

While experience has been mixed, a key lesson is that coordination arrangements do not do the trick by sheer existence, but more efforts need to be put into how to run them. „We shouldn't break the silos, but make them communicate better,“ as Persson (2016) quotes a participant at an ECOSOC meeting. This requires a clever use of procedural tools for facilitating dialogue, with the aim to enable learning about others' assumptions and objectives, building respect for other parties' expertise, recognizing different professional competences and skills of other disciplines (including soft skills such as creativity, accuracy and analytical capacity). All of these can bring to bear the potential for cross-fertilization and new solutions.

Silos are features of our institutions, mental comfort zones and political rationales, and they can be very change-resistant.

A focus on facilitating dialogue, interaction and learning is at the core of opening mental silos. It will likely also require different leadership styles, e.g. switching from commanding to coaching, and capacity building for such adaptive leadership. Leaders will also need to allow, and even stimulate mistakes, as making mistakes is a normal feature of innovation.

Important for opening both mental and political silos are new narratives, such as sustainable production and consumption as presenting business and investment opportunities (see also Persson, 2016). New narratives as well as mutual gains approaches widen the perspective and enable awareness of synergies.

The SDGs as a system of goals provide a great opportunity to think along interlinkages, to identify trade-offs, but also synergies and knock-on effects. The nexus approach, with a focus on groups of connected goals, makes this manageable (see, e.g. Global Sustainable Development Report 2015 and 2016). Also impact assessments need to serve this better: On the one hand it is positive that in the European Commission's comprehensive impact assessment of new policies, the economic, social and environmental impacts remain visible up to the very end. They are not „integrated away“ into oblivion, but the individual assessments remain transparent. We recommend, however, to also develop assessments that show trade-offs and synergies, and with that provide a knowledge basis for better integrated decisions.

Translating the universal SDGs into national contexts requires „common but differentiated governance“, as different cultures and institutional traditions need to be taken into account (Meuleman & Niestroy, 2015). Similarly, there is no single „best“ way to make silos more collaborative: each culture has unwritten rules about how people can work together.

To conclude: Silos are features of our institutions, mental comfort zones and political rationales, and they can be very change-resistant. Teaching elephants to dance (Belasco, 1991) has not been easy, and neither is teaching silos to dance. But we need to go for it. This is a capacity building program in itself, related to peer learning, and will be beneficial for new global partnerships as well.

Dr.in Ingeborg Niestroy
IISD & SDG Watch Europe.
FU Berlin and PS4SD

E: inge.niestroy@ps4sd.eu
www.ps4sd.eu
www.sdgwatcheurope.org

Dr. Louis Meuleman, MSc
University of Wageningen, PS4SD
1190 Brussels / BELGIUM

E: louismeuleman@ps4sd.eu
www.ps4sd.eu

Foto: © Wolfgang Dirscherl / PIXELIO

Alles roger im Wasserschloss Europas? Österreich und SDG Nr. 6

Wasserstress? In Österreich doch nicht! Bedingt durch die naturräumlichen Gegebenheiten unseres Landes – die Alpen werden zurecht als „Wasserschloss Europas" bezeichnet –, sind Problemfelder wie Gewässerverschmutzung oder Wassermangel hierzulande selten ein Thema. Und doch ist nicht alles blau, was plätschert.

Von ***Stefanie Schabhüttl***

Die ÖsterreicherInnen gehören weder zu den 10 % der Menschen weltweit, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben noch zu den 32 % der Weltbevölkerung ohne angemessene sanitäre Basisversorgung. Wasser aus quasi jeder Leitung trinken zu können, der Sprung in den Swimming Pool im Garten, das entspannende Vollbad nach einem harten Arbeitstag, Schneesicherheit auf tausenden Pistenkilometern – als Luxus betrachten wir diese Annehmlichkeiten schon lange nicht mehr. Dank massiver Investitionen in den Aufbau der Infrastruktur in der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung seit den 70er Jahren ist heutzutage eine flächendeckende Sammlung, Reinigung und Behandlung von kommunalem Abwasser sichergestellt. Auch die Einführung phosphatfreier Waschmittel hat erheblich zur Minderung der Nährstoffeinträge in den Gewässers beigetragen. Als angenehme Folgen dieser Anstrengungen haben unsere Seen einzigartige Badequalität und unsere Trinkwasserreserven sind reichlich und beinahe ausnahmslos von höchster Güte. Ist es also nur Jammern auf hohem Niveau, wenn NGOs Szenarien von der drohenden Zerstörung unserer Gewässerlandschaft zeichnen? Kann Österreich das Sustainable Development Goal Nr. 6, „Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen" getrost abhaken?

Kann Österreich das Sustainable Development Goal Nr. 6, „Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen" getrost abhaken?

Unter der Wasseroberfläche

Vom Freizeitparadies Bodensee über rauschende Gletscherbäche bis zu den idyllischen Donau-Auen – die Wasserwelt Österreichs scheint völlig in Ordnung. Doch wagen wir einen sprichwörtlichen Blick unter die Wasseroberfläche: Laut Nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan, dem zentralen wasserwirtschaftlichen Planungsinstrument des Landes, befinden sich nur 37 % aller Fließgewässer mit ei-

nem Einzugsgebiet >10 km² in einem sehr guten oder guten ökologischen Zustand. Hauptursache dafür ist der hohe Grad an baulichen Eingriffen und Veränderungen durch Maßnahmen zur Reduktion des Hochwasserrisikos und die Energieerzeugung aus Wasserkraft. Im Schnitt kommt auf jeden einzelnen der über 30.000 Fluss-Kilometern ein Querbauwerk, das Fischen die Migration in flussaufwärts gelegene Laichgründe unmöglich macht. Ein Drittel des Gewässernetzes ist darüber hinaus morphologisch stark verändert, sprich in seiner Struktur und damit seiner Lebensraumvielfalt verarmt. Die großflächigen Auwälder und zahlreichen Seitenarme, die einst das Bild unserer Flusslandschaften prägten, sind längst Vergangenheit. Im Lauf der Jahrhunderte wurden unsere Flüsse begradigt, um Land für Siedlungen und landwirtschaftliche Produktion zu gewinnen. Und natürlich setzt das Wasserland Österreich beim Umstieg auf erneuerbare Energieträger vornehmlich auf Wasserkraft. 70 % des technisch-wirtschaftlichen Potenzials werden bereits genutzt. Und obwohl viel mehr nicht möglich scheint, ohne in die letzten intakten Fließgewässer einzugreifen, zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre ein deutliches Bild: Insbesondere kleine Wasserkraftwerke, die verhältnismäßig wenig zur Deckung des Energieverbrauchs beitragen, jedoch massive Eingriffe in die Funktionsfähigkeit von Fließgewässern bedeuten können, werden in ökologisch wertvollen, oft sogar geschützten oder schützenswerten Gewässerstrecken geplant bzw. gebaut…

Ziel: guter ökologischer Zustand

Der langen Rede kurzer Sinn: Von Wasser umgeben zu sein und Wasser auf unzählige Arten zu nutzen ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die dazu führt, dass wir wohl auch verlernt haben, sorgsam mit dieser Ressource umgehen. Die aktuellen Herausforderungen, allen voran die Folgen des Klimawandels treffen den Alpenraum überdurchschnittlich stark. Steigende Temperaturen und sich ändernde Niederschlagsverhältnisse bringen nicht nur Änderungen im mengenmäßigen Wasserhaushalt mit sich, sondern üben zusätzlichen Druck auf die biologische Qualität der Feuchtlebensräume aus. Anders als in vielen anderen Ländern Europas, die (noch) mit Wasserknappheit oder mit dem Eintrag von Nähr- und Schadstoffen zu kämpfen haben, steht Österreich also vorrangig vor der Aufgabe, den Strukturreichtum und die hydromorphologische Qualität der Fließgewässer zu erhalten bzw. nicht weiter zu verschlechtern. Mit der Wasserrahmenrichtlinie gibt uns die EU dazu ein geeignetes Instrument in die Hand. Ziel der Richtlinie ist es, alle Gewässer bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu bringen – davon sind wir momentan weit entfernt. Die konsequente Verfolgung dieses Ziels sollte im Rahmen der nationalen SDG-Umsetzung daher höchste Priorität eingeräumt werden. In anderen Worten: Ein bisschen Stress zu kriegen wäre zumindest in Sachen SDG-Unterziel 6.6 angebracht: „Bis 2020 wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen, darunter Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Flüsse, Grundwasserleiter und Seen“.

MMag.ª Stefanie Schabhüttl
Referentin für Gewässerpolitik
Umweltdachverband
1080 Wien / AUSTRIA

E: stefanie.schabhuettl@umweltdachverband.at
www.umweltdachverband.at

How much does sharing and rides really reduce car use?

The average car sits unused for more than 90% of the time, carries on average just one and a half people and costs on average €6,500 a year to own and run. Each car occupies 150m² of urban land and still this is not enough – congestion costs the EU economy €100 billion annually. The convenience that made the car a 20th century icon has been eroded by its popularity.

By ***Greg Archer***

Now digitisation and the sharing economy provide the opportunity to reduce the number of vehicles in our cities by up to an order of magnitude and end the appalling costs of pollution, accidents and congestion caused by excessive car ownership and use. One US study indicates the global car fleet could be reduced by a third if sharing schemes were widely adopted. Another in Lisbon shows just 10% of the vehicles could maintain the same level of mobility if shared.

But transition will not be a painless or easy one as shared and privately owned cars initially complete for space and utilisation producing positive but modest benefits. However the ultimate prize, to reclaim our streets for car domination, would transform the quality of urban living.

Concerns that sharing schemes do not deliver a net reduction in car use are not supported by the overwhelming majority of

the evidence, which shows:

- Ride-sharing apps do reduce the numbers of vehicles on the road and vehicle kilometres driven; but, as importantly, also encourage a behavioural shift towards multi-modal, sustainable transport which complement public and active forms of transport (cycling and walking).

- Car sharing schemes, whether point to point or free floating, also lead to reduced car ownership with studies indicating 5 - 15 cars are replaced for each shared car added to the fleet.

- Long-distance car-sharing services do compete with rail and coach services, however, they also significantly increase car occupancy and reduce emissions per kilometre.

The evidence upon which these conclusions are reached does however lack independence and often transparency how the data has been compiled; most studies also lack a baseline against which to properly measure the impact of sharing schemes particularly because the impacts will also vary between cities and schemes. Improving the current research base is important to independently verify company claims of the benefits of sharing. The evidence also suggests that the current transitional period in which shared vehicles compete for road space with private cars reduces their benefits.

To ease and accelerate the transition to shared vehicles the legacies of car domination must be progressively erased. There are four key steps.

First, we must introduce congestion charges into cities and road pricing onto highways with differential charges for private and shared cars and exemptions for public transport. The recent Commission proposal is an important step in this direction for cars.

Second, highly polluting cars must be banned from cities and drivers offered mobility budgets if they are willing to scrap their dirty car in favour of public transport and shared mobility options. There are 35 million grossly polluting Euro 5 and 6 diesel cars on Dieselgate scandal. This appalling legacy is contributing to nearly 500 thousand deaths from the associated air pollution every year.

Third, the systematic oversupply of parking in cities must be reduced. More parking spaces cause more driving and cities that progressively add more parking experience a growing share of cars commuting. As roadside parking is reduced so can this space be reused for bike or bus lanes, wider pavements, pick up and drop off areas for shared vehicles and other people centred urban developments.

There are 35 million grossly polluting Euro 5 and 6 diesel cars on Dieselgate scandal.

Finally, we need to get legislation at the national and city level right to embrace and enable innovation and ensure regulatory burdens are not used to protect incumbent operators. New mobility companies need to be provided with an opportunity to compete and achieve a scale that will enable them to replace significant numbers of private cars in urban areas. Public transport providers have had a century to compete with the car and in most instances have done so with limited success.

It would be a missed opportunity if regulatory burdens led to the still-birth of new mobility providers and indirectly the continuation of the dominance of the private car in our cities.

About the Author

Greg Archer, Director of clean vehicles at T&E Greg has been with T&E since 2012. He was previously the director of Low Carbon Vehicle Partnership, a UK public-private partnership promoting the shift to clean vehicles and fuels. He has also worked as a non-executive director for the UK Government's Renewable Fuels Agency and Cenex, a centre of excellence for low carbon technologies.

At T&E, Greg leads the clean vehicles team, working on vehicle regulation and testing issues. A chemist by training, Greg describes himself as a „pragmatic environmentalist."

Greg Archer
Director of clean vehicles
T&E Transport and Environment
1050 Brüssel / BELGIEN

E: greg.archer@transportenvironment.org
www.transportenvironment.org

Foto: © Petra Bork / PIXELIO

Foto: © F. Gopp / PIXELIO

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion:

Klare Spielregeln für Unternehmen und mehr Ehrlichkeit beim Ressourcenverbrauch gefragt

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion sind derzeit beliebte Schlagwörter – nicht zuletzt seit sie als Ziel 12 in die Liste der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen aufgenommen worden sind. Während der technologische Fortschritt und das Vorantreiben der zirkulären Wirtschaft helfen, Güter und Dienstleistungen nachhaltiger und ressourceneffizienter zur Verfügung zu stellen, konsumieren die Gesellschaften Europas immer mehr.

*Von **Patrizia Heidegger***

Die 20 größten Konsumgesellschaften der Welt – viele davon in Europa – verbrauchen rund 75 % aller Rohstoffe weltweit, die sparsamsten 100 Länder müssen mit 1,5 % auskommen. Wir erliegen dem Fehlglauben stetig nachhaltiger zu werden, während unser Ressourcenverbrauch steigt oder zumindest auf hohem Niveau stagniert. Welches Umlenken brauchen wir auf politischer Ebene?

Die 20 größten Konsumgesellschaften der Welt – viele davon in Europa – verbrauchen rund 75 % aller Rohstoffe weltweit, die sparsamsten 100 Länder müssen mit 1,5 % auskommen.

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion stellen uns vor zwei Herausforderungen: die nachhaltige Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen einerseits, die tatsächliche Reduzierung unseres Ressourcenverbrauchs andererseits. Denn selbst bei nachhaltigeren Produkten führt mehr Konsum auch meist zu mehr Ressourcenverbrauch. Neben technischem Fortschritt braucht es vor allem ein ehrliches Bild unseres Ressourcenverbrauchs, klare gesetzliche Vorschriften, die richtigen staatlichen Anreize und ein reformiertes Steuersystem.

Die EU hat im Bereich der nachhaltigen Produktion durchaus Erfolge vorzuweisen.

So haben wir dank europäischer Gesetze (die unter dem Druck der Zivilgesellschaft entstanden sind) unter anderem eine verpflichtende Kennzeichnung des Energieverbrauchs, zum Beispiel für Elektrogeräte, welche die Kaufentscheidungen positiv beeinflusst und Europa sehr viel energieeffizienter macht. Ebenfalls durch den europäischen Gesetzgeber (und als Folge jahrelanger zivilgesellschaftlicher Kampagnen) haben wir besonders giftige Chemikalen verbannt und den Rest strenger reglementiert.

Soweit so gut – doch es gibt keinen Grund zufrieden zu sein. Ein normaler Gang zum Supermarkt, zum Bekleidungsgeschäft oder Elektrohandel reicht aus, um festzustellen, dass sehr wenige Produkte wirklich nachhaltig sind. Allein der Blick auf Lebensmittel zeigt: die Landwirtschaft trägt massiv zur Luft- und Wasserverschmutzung und dem Klimawandel bei, Lebensmittel werden immer aufwendiger verpackt und enthalten Zutaten, deren Herstellung Mensch und Umwelt außerhalb Europas gefährden. Palmöl, das in jedem zweiten Supermarktprodukt enthalten ist, Kakao, der den Bauern in Westafrika, trotz unseres Schokoladeappetit keine gerechte Lebensperspektive bietet. Die Liste kann mit Blick auf die Umwelt- und Sozialstandards, die bei der Herstellung der Mehrheit unserer Konsumgüter gelten, unendlich fortgesetzt werden.

Es gilt also zweierlei Dinge zu tun: Trotz aller Erfolge innerhalb der EU müssen wir weiter um verbesserte Standards für die europäische Produktion ringen. Ein Stichwort ist die europäische Agrarpolitik, die endlich dazu dienen muss, uns umweltfreundliche, gesunde und nachhaltige Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Für unser Wirtschaften außerhalb der EU gilt weiterhin: neben freiwilligen Selbstverpflichtungen der großen Konzerne gibt es kaum wirkliche Verantwortung oder Haftbarkeit bei negativen Umweltfolgen oder bei Verletzungen von Arbeitsrechten in der Zulieferkette. Hier verbleiben die meisten Regierungen – und auch der europäische Gesetzgeber – weiterhin im Glauben, die Unternehmen würden sich selbst darum kümmern und KonsumentInnen irgendwann nur noch verantwortungsvolle Entscheidungen treffen. Doch der Gesetzgeber muss weiter gehen, als die Nachhaltigen Entwicklungsziele es vorgeben. Diese fordern allein, dass insbesondere transnationale Unternehmen dazu „ermutigt“ werden sollen, nachhaltige Verfahren einzuführen. Die Realität zeigt, dass wir nicht nur Ermutigungen, sondern klare Regeln brauchen, welche Unternehmen entlang der Zulieferkette zur Verantwortung ziehen. Konkret heißt das: Sanktionierung der Unternehmen, die sich nicht an menschenrechtliche Sorgfaltspflichten und Umweltstandards halten sowie Klagerechte von Betroffenen im Heimatland eines Konzerns.

Unser derzeitiges Wirtschaftsmodell mit seiner Ausrichtung auf unendliches Wirtschaftswachstum kann den endlichen Ressourcen unseres Planeten nicht gerecht werden.

Aber selbst wenn der technische Fortschritt, die Förderung der zirkulären Wirtschaft und die stetige Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards uns in der Zukunft helfen werden, Produkte und Dienstleistungen nachhaltig zu gestalten, müssen wir eines anerkennen: kaum ein Produkt und kaum eine Dienstleistung werden gänzlich ohne ökologischen Fußabdruck auskommen. Unser derzeitiges Wirtschaftsmodell mit seiner Ausrichtung auf unendliches Wirtschaftswachstum kann den endlichen Ressourcen unseres Planeten nicht gerecht werden. Eine vollständige Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist mehr Idealzustand als Realität und doch wird der Widerspruch zwischen dem Ruf nach mehr Wachstum bei gleichzeitig weniger Ressourcenverbrauch von den Regierungen in Europa und leider auch von der Agenda 2030 fortgeschrieben.

Denn selbst bei nachhaltigeren Produkten führt mehr Konsum auch meist zu mehr Ressourcenverbrauch.

Gesetzliche Vorschriften sind notwendig, um besonders wenig nachhaltige Produkte zu verbannen oder massiv einzuschränken. Ein Beispiel für Europa wäre ein klares Gesetz zur Einschränkung des Plastikkonsums bishin zum Verbot bestimmter Plastikprodukte. Auch eine tiefgreifende Steuerreform muss weitere Anreize schaffen. Wenn wir in der EU negative Umweltfolgen wie Ressourcenverbrauch, Emissionen und Müllproduktion viel höher besteuern und Arbeit gleichzeitig stark entlasten, schaffen wir zweierlei: eine nachhaltige Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze. Auch müssen alle Subventionen, welche nicht zur Nachhaltigkeit beitragen, umgeleitet werden – von staatlicher Unterstützung für Müllverbrennung bis zu Geldern für eine wenig nachhaltige industrielle Landwirtschaft. Die Herstellung und der Konsum großer Mengen nicht nachhaltiger Güter muss unattraktiv werden, während der Gesetzgeber klare Anreize zur Herstellung nachhaltiger, umweltfreundlicher, gesunder, langlebiger, reparierbarer und recycelbarer Produkte schaffen muss.

Darüber hinaus brauchen wir klare Reduktionsziele für unseren Ressourcenverbrauch. Wir müssen messbar machen, wie viel Land, Wasser und Rohstoffe wir für die Produktion unserer Güter und Dienstleistungen verbrauchen und wie viel Treibhausgase wir für sie ausstoßen – und zwar sowohl für die Produktion innerhalb der EU als auch für importierte Güter. Schließlich haben wir viele ressourcenintensive Wirtschaftszweige ausgelagert, doch was hier konsumiert wird, muss auch auf unsere Rechnung gehen. Bisher gibt es keine EU-weiten Indikatoren, die zeigen können, ob unser Ressourcenverbrauch steigt oder sinkt. Auch für die nachhaltigen Entwicklungsziele erfasst die EU nur, ob wir ressourceneffizienter werden – also pro Masseinheit Rohstoff mehr produzieren – aber nicht, ob wir bei aller Effizienz überhaupt den absoluten Verbrauch senken, anstatt immer mehr zu konsumieren.

Es führt kein Weg daran vorbei, ehrlicher mit der Frage umzugehen, wie viele Ressourcen all unsere Konsumgüter und Dienstleistungen weltweit verbrauchen.

Patrizia Heidegger
Director of Global Policies and Sustainability
European Environmental Bureau (EEB)
1050 Brüssel / BELGIEN

E: patrizia.heidegger@eeb.org
www.eeb.org

Foto: © Melanie Salzl

Nachhaltig einkaufen, aber wie? Bio- und Fair-Label auf dem Prüfstand

Um umweltbewussten EinkäuferInnen in Europa Klarheit zu verschaffen, gibt es das EU-Biosiegel – und unzählige weitere Öko- und Fair-Label, die für ganz verschiedene Kriterien stehen. Das Ergebnis einer Vergleichsstudie in Deutschland ist erhellend, aber auch ernüchternd und wirft die Frage auf: Wären verbindliche EU-Regeln für Umwelt- und Sozialstandards nicht effektiver als bunte Logos?

*Von **Sandra Dusch Silva***

„Bio“ ist nicht gleich „Bio“ und „Fair“ ist nicht gleich „Fair“. Das sollten sowohl VerbraucherInnen als auch Unternehmen wissen, die bisher nur darauf achteten, dass ihre Einkäufe „irgendwie“ zertifiziert waren. Für sie haben wir über 90 gängige Logos untersucht, die Lebensmitteln und Kleidung faire und ökologische Produktion bescheinigen sollen.

Die Resultate sind ernüchternd: Trotz Lippenbekenntnissen nach dem schrecklichen Unglück in der Textilfabrik Rana Plaza tragen Unternehmensinitiativen wie die BSCI (Mitglieder sind u.a. Deichmann, Otto und Aldi) zu keiner substantiellen Verbesserungen in den weltweiten Nähfabriken bei. Die „SAI Platform“ (Mitglieder sind etwa McDonald‘s, Nestlé, Coca Cola und Unilever) preist die bloße Einhaltung nationaler Gesetze als Nachhaltigkeitsprogramm an. Das utz-Siegel und das Logo der Rainforest Alliance, die sich auf vielen Schokoprodukten finden, gehen nur minimal über die gesetzlichen Vorschriften hinaus. Nur wenige Initiativen, wie die Fair Wear Foundation, betrachten wirklich die Prozesse vor Ort, die zu Verbesserungen führen.

Bei Initiativen, die nach außen hohe Standards versprechen, aber nicht transparent über deren Umsetzung berichten, bleibt der Verdacht haften, dass das Label lediglich der Imagepflege dient.

Kontrollen allein reichen nicht

Für die Wirksamkeit von Nachhaltigkeits-Labeln sind anspruchsvolle ökologische und soziale Kriterien unabdingbar. Zu

wichtigen Entwicklungszielen im Bereich Soziales zählen:

- Zahlung von „existenzsichernden Löhnen“ für alle ArbeiterInnen
- Förderung von Vereinigungsfreiheit und dem Recht auf Kollektivverhandlungen
- Unabhängige Beschwerdemechanismen. Dabei müssen entsprechende Verstöße gesammelt, überprüft und mittels Korrekturmaßnahmen verbessert werden.
- Faire Geschäfts- und Beschaffungspraktiken, wie langfristige Lieferverträge, die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten sowie Mindestpreise oder Preisprämien

Dabei bleibt immer zu bedenken, dass Kontrollen nur Momentaufnahmen sind, die ein unvollständiges Bild der Situation zeigen. Dies bestätigt auch die Frauenorganisation ORMUSA (Organización de Mujeres Salvadoreñas por la Paz = Oganisation salvadorianischer Frauen für den Frieden) aus El Salvador. Sie sprach mit 20 Näherinnen über ihre Erfahrung mit Kontrollen in der Fabrik. Nur zwei Frauen sagten aus, dass es nach den Kontrollen zu Verbesserungen kam – in einem der Fälle beschränkten sich diese Verbesserungen auf die Hygiene in den Toiletten. In den meisten Fällen kannten die Arbeiterinnen nicht einmal die Kriterien, nach denen geprüft wurde. Der Sinn der Kontrollen, die zwei- bis dreimal jährlich stattfinden, war für die Frauen nicht ersichtlich. Die KontrolleurInnen waren nicht mit dem lokalen Kontext vertraut. Gewerkschaften vor Ort wurden nicht in den Prüfprozess eingebunden. Eine Frau schloss daraus: „Es geht bei der Kontrolle nicht um unsere Interessen als Näher*innen!“

Transparenz ist zentral

Bei Initiativen, die nach außen hohe Standards versprechen, aber nicht transparent über deren Umsetzung berichten, bleibt der Verdacht haften, dass das Label lediglich der Imagepflege dient. Während Testsieger wie Gepa fair+transparent arbeiten und so an Glaubwürdigkeit gewinnen, herrscht vor allem bei Siegeln und Standards für faire Produkte Nachholbedarf. Die Initiativen begegnen diesen Vorwürfen mit dem Argument, eine transparente Lieferkette sei aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Das Paradoxe: Bei Öko-Standards scheint das kein Problem zu sein. Da ist die Transparenz bei einigen Labeln vorbildlich.

Noch besser: Verbindlichkeit

Die Initiative solcher Vorreiter ist lobenswert, doch um die ambitionierten SDGs zu erreichen, müssen ökologische und soziale Produktionskriterien von der breiten Masse umgesetzt werden. Hier könnte die EU nun im Bereich Bekleidungsproduktion selbst zum Vorreiter werden: Ein aktueller Bericht des Europäischen Parlaments fordert die Kommission auf, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, mit dem Unternehmen des Textilsektors aus der EU zur Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards verpflichtet werden. Wie einfach wäre es erst mit so einer einheitlichen Regelung, öko-fair einzukaufen?!

Sandra Dusch Silva
Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit
Christliche Initiative Romero (CIR)
48155 Münster / DEUTSCHLAND

E: dusch@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Infobox

Die Ergebnisse unserer groß angelegten Label-Studie haben wir von der Christlichen Initiative Romero auf 172 Seiten übersichtlich für Sie zusammengefasst im ‚Wegweiser durch das Label-Labyrinth‘. Dieses Handbuch können Sie unter www.ci-romero.de bestellen zum Preis von 2 Euro bei uns bestellen.

13. Konferenz Europäischer Regionen & Städte (KERS):
24. - 26. September 2017 in Salzburg

Die Konferenz wird jährlich vom Institut der Regionen Europas organisiert, das sich um die Stärkung der Regionen und Kommunen in Europa bemüht. Ziel ist es, Informationsdefizite abzubauen, das wirtschaftliche Potenzial der europäischen Regionen zu nutzen und die grenzübergreifende Zusammenarbeit für künftige Generationen zu fördern. Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung steht das Thema „Next Generation – Attraktive Regionen und Kommunen für künftige Generationen“, welche zirka 250 politische und wirtschaftliche VertreterInnen aus verschiedenen Regionen und Kommunen in Europa und den Westbalkan Ländern zusammen bringt.

Hochkarätige Personen wie EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn als auch Salzburgs Bürgermeister Dr. Heinz Schaden werden der Konferenz beiwohnen.

Die Teilnahme ist für VertreterInnen von Städten, Regionen, IRE-Mitglieder und für Studierende kostenlos. Die Teilnahmegebühr für Unternehmen beträgt 350 Euro.

Anmeldung an: office@institut-ire.eu
Mehr Informationen unter: www.institut-ire.eu

Foto: © Mathias Glaschick / PIXELIO

Anzeige

Foto: © Fairtrade Tuma

Eine große Vision – im Kleinen gelebt

Das Ziel von FAIRTRADE ist es, einen bedeutenden Entwicklungsbeitrag zu leisten und das Leben der an der Produktion beteiligten Menschen und Familien in den Anbauländern zu verbessern. Dabei geht es um einen Prozess – einen Weg der Veränderung – in Zusammenarbeit mit allen Akteuren der Wertschöpfungskette.

*Von **FAIRTRADE Österreich***

Als Voraussetzung für einen gerechteren Welthandel bedarf es zuallererst einer Veränderung der Machtbeziehungen in der Weltwirtschaft. Engagierte Politiker sind dabei ebenso gefragt wie verbindliche, internationale Regeln sowohl auf EU-Ebene als auch im globalen Kontext. Hier sind auch Organisationen wie die UNO in der Pflicht, einen Beitrag zu leisten.

FAIRTRADE und die Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO

2015 wurden die bisherigen Millenniumsentwicklungsziele von den „Sustainable Development Goals“ (SDGs) abgelöst. Basierend auf den Prinzipien Menschenrechte, Gleichberechtigung und Nachhaltigkeit wurden 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung von der UNO formuliert. Durch die SDGs soll eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft vorangetrieben werden, die zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Hunger, Armut, Menschenrechtsverletzungen, Klimawandel und Ressourcenknappheit notwendig ist. Bis auf wenige Ausnahmen stehen die 169 Teilziele in engem Zusammenhang mit Nahrung und/oder Landwirtschaft. FAIRTRADE kann helfen, diese Ziele zu erreichen, da man die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kleinbauernfamilien und Angestellten in sogenannten Entwicklungsländern in den Mittelpunkt der internationalen Arbeit stellt.

Bis auf wenige Ausnahmen stehen die 169 Teilziele in engem Zusammenhang mit Nahrung und/oder Landwirtschaft.

Unter der Voraussetzung, dass die SDGs integrativen Handel ermöglichen, bieten sie große Chancen für eine bessere Zukunft der Kleinbäuerinnen und –bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt. Voraussetzung dafür ist: Ihre Stimmen werden bei der Diskussion und Umsetzung der SDGs auf höchster Ebene von Politik und Handel gehört. Nur wenn ihre Interessen auch berücksichtigt werden und nur wenn es gelingt das Diktat von internationalen Handelsunternehmen entlang der Wertschöpfungsketten zu beenden – nur dann werden die UN-Nachhaltigkeitsziele tatsächlich etwas verändern können. Auch hier kann FAIRTRADE

helfen, einen Wandel im Handel zu erreichen, da man von jeher mit den Firmen im Norden für mehr Fairness gegenüber den Produzenten im globalen Süden eintritt.

(Wie) kann FAIRTRADE zur Erfüllung von Ziel 12 – „Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen" – beitragen?

Nachhaltige Produktion und Konsumverhalten beziehen sich sowohl auf wirtschaftliche als auch ökologische Nachhaltigkeit. Die Vergabe von Siegeln kann Konsumentinnen und Konsumenten helfen, nachhaltige Entscheidungen bei den täglichen Einkäufen zu treffen. FAIRTRADE vereint eine soziale Bewegung mit einem Business-Modell, u.a. mithilfe

- der Konsumentinnen und Konsumenten in mehr als 1.700 Fair Trade Towns in 27 Ländern weltweit.
- des Aufbaus von neuen Märkten für ethischen Konsum in den sogenannten Entwicklungsländern.
- der Übernahme ethischer Beschaffungspolitiken.

Tiefergehende Veränderung ist nur durch Politik möglich

Um die SDGs der UNO Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es daher umfassende politische Reformen in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Ernährung und Umwelt – regional, bilateral und multilateral. Ein Werkzeug auf dem Weg dahin ist das sogenannte Fair Trade Advocacy Office.

FAIRTRADE in der EU: Das Fair Trade Advocacy Office

Das FAIRTRADE-Netzwerk ist daher über das Fair Trade Advocacy Office (FTAO) in Brüssel an einem europäischen Dialog mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der Europäischen Kommission und des Europaparlaments beteiligt. Das Fair Trade Advocacy Office wurde 2004 als gemeinsame Initiative von Fairtrade International, der World Fairtrade Organization und der World Fairtrade Organization Europe gegründet und hat die Aufgabe, sich für die Unterstützung und Implementierung des fairen Handels und Handelsgerechtigkeit in den EU-Politiken einzusetzen und einen ständigen Dialog mit den EU-Institutionen zu führen.

Auch dort gilt es durch Aktionen (z.B. ein europaweiter Wettbewerb für FAIRTRADE Towns zur Forcierung von FAIRTRADE in der öffentlichen Beschaffung), Veranstaltungen und Kongressen gezielt das Thema FAIRTRADE zu kommunizieren und auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Bauern- und Arbeiterfamilien in den benachteiligten Regionen und Ländern der Welt hinzuweisen.

Nähere Informationen zu den Herausforderungen und Arbeitsschwerpunkten von FAIRTRADE im globalen Kontext finden Sie unter www.fairtrade.at

FAIRTRADE Österreich
1030 Wien / AUSTRIA

E: office@fairtrade.at
www.fairtrade.at

Impressum

Herausgeber und Medieninhaber:
Umweltdachverband
Strozzigasse 10/7-9, 1080 Wien, Austria
ZVR-Zahl: 255345915
Offenlegung gem § 25 MedienG
www.umweltdachverband.at/impressum/
www.eu-umweltbuero.at/ueber-uns/impressum/

Für den Inhalt verantwortlich:
EU-Umweltbüro im Umweltdachverband
Strozzigasse 10/7-9, 1080 Wien
E: office@eu-umweltbuero.at
www.eu-umweltbuero.at

Redaktion: Bernhard Zlanabitnig, Lukas Herrmann
Layout: Katharina Kammerzelt
Druck: print+marketing.at, A-3420 Kritzendorf
Cover Foto: © istock.com/Sasin Paraksa
Fotos zu den Beiträgen von www.pixelio.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.